



Niederschrift

über die **öffentliche** Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 7. März 2022**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts in Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz in Form einer Videokonferenz.

Beginn: 14 Uhr

Ende: 16:15 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Annahme von Spenden; Genehmigung	2022/043
2.	Klimaneutrale Kommunalverwaltung	2022/010
3.	<u>Digitalisierung im Landratsamt Konstanz</u>	
3.1.	Digitalisierung im Landratsamt Konstanz; Umsetzungsbericht der Jahre 2020 ff.	2022/031
3.2.	Masterplan Digitalisierung; Roadmap für die Jahre 2022 ff.	2022/032
4.	Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten; Gemeinschaftsunterkunft Reichenau	2022/053
5.	Mitteilungen	
5.1.	Abrechnung Kreisimpfzentrum	2022/046
5.2.	Kreishaushalt 2021; Budgetbericht zum 31. Dezember 2021	2022/040
5.3.	Sachstand Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen	2022/049
6.	Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche	
6.1.	Gemeinschaftsunterkunft Campus Konstanz, Errichtung einer Leichtbauhalle; Sachstandsbericht	
6.2.	Vorstellung des Gutachtens zum GLKN; Hinweis auf Vertraulichkeitserklärung	

Vorsitzender

Danner, Zeno, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder

Baumert, Ralf

Beyer-Köhler, Günter

Bröbke, Kirsten (als Vertretung für den entschuldigten **Schmidt**, Stefan)

Ellegast, Andreas

Faden, Jürgen

Frank, Saskia (als Vertretung für den entschuldigten **Hirt**, Claus-Dieter)

Fuchs, Soteria

Geiger, Georg, Dr.

Häusler, Bernd

Jacobs-Krahnen, Dorothee, Dr.

Kreitmeier, Christiane, Dr.

Lehmann, Hans-Peter

Moser, Johannes

Mutter, Alfred (als Vertretung für den entschuldigten **Eisch**, Uwe)

Röth, Sibylle, Dr.

Schreier, Marian

Schrott, Walafried

Staab, Martin

Volk, Bernhard (als Vertretung für den entschuldigten **Kessler**, Peter)

Zindeler, Florian

Entschuldigte:

Eisch, Uwe

Eisenhut, Bernhard, MdL

Hirt, Claus-Dieter

Kessler, Peter

Schmidt, Stefan

Teilnahme als Gast:

Auer, Thomas, Dr. (Kreisrat)

Verwaltung:

Basel, Stefan

Frick, Sebastian

Neugebauer, Boris

Al-Naser, Ayyat (VIDEO)

Best, Florian (VIDEO)

Bittermann, Jens

Brumm, Monika (VIDEO)

Dennerlein, Judith (VIDEO)

Gromann, Theresia (VIDEO)

Hermann, Martin (VIDEO)

Kruthoff, Simone (VIDEO)

Lieby, Günther (VIDEO)

Pellhammer, Marlene (VIDEO)

Petek, Sabrina (VIDEO)

Roth, Katrin, Dr. (VIDEO)

Seidl, Karin (VIDEO)

Uhlich, Anna (VIDEO)
Vocke, Luisa (VIDEO)
Zeeh, Alisa (VIDEO)

Protokoll:

Hoffmann, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

Der Vorsitzende nimmt Stellung zur aktuellen Situation in der Ukraine und teilt mit, wie der Landkreis bisher aktiv geworden ist. Zudem gibt er einen Überblick über die aktuellen Hilfsmöglichkeiten.

1. Annahme von Spenden;
Genehmigung

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Annahme der Spenden wird gemäß Anlage zur Sitzungsvorlage zugestimmt.

2. Klimaneutrale Kommunalverwaltung

Der **Vorsitzende** führt in Sachverhalt ein.

Kreisrätin **Dr. Kreitmeier**

Es wird um Vorstellung eines Organigramms, sowie um Darstellung der Aufgabenverteilung innerhalb des Amtes gebeten.

Vorsitzender

Die neue Stelle soll in EG 11 eingruppiert werden. Es ist unklar, ob man die Förderung bekommen wird.

Frau **Dr. Roth**

Der Fördertopf ist überzeichnet. Es wurde schon angekündigt, dass man vermutlich keine Förderung bekommen wird.

Das Organigramm wird in der nächsten Sitzung des Kreistags vorgestellt, in der sich auch Frau **Fleischhut**, die neue Klimaschutzmanagerin, vorstellen wird.

Kreisrat **Schreier**

Könnte die Struktur und insbesondere die Abgrenzung, wer nach innen und wer nach außen agiert, nochmals dargestellt werden? In diesem neuen Amt arbeiten Personen, die zuvor in der Bodensee Standort Marketing GmbH (BSM) tätig waren. Handelte es sich dabei um Arbeitsverträge mit der BSM oder mit dem Landkreis?

Vorsitzender

In diesem Amt ist die Wirtschaftsförderung und nicht die BSM vertreten. Insofern gab es keine arbeitsvertraglichen Verschiebungen oder Änderungen und alle Beschäftigten haben Verträge mit dem Landkreis.

Kreisrat Häusler

Die Ausschreibung mit einer Befristung von fünf Jahren wird grundsätzlich unterstützt. Bei der Aufgabenverteilung bedarf es noch mehr Klarheit, insbesondere auch in Bezug auf die Abgrenzung zwischen der Klimaschutzbeauftragten und den anderen Mitarbeitenden.

Schlussendlich ist es wichtig, dass die Kommunalverwaltung bis 2040 weitgehend klimaneutral ist. Der Einsatz des neuen Personals sollte zu diesem Ergebnis führen.

Kreisrat Staab

Das Thema Förderung darf bei diesem Thema kein Zwang sein. Könnte dezidiert dargestellt werden, wie das Arbeitsprogramm und die Prioritäten der neuen Stelle aussehen werden?

Kreisrat Hans-Peter Lehmann

Im Beschlussvorschlag könnte man unter Ziffer 2 ergänzen, dass der Kreistag auch dann einverstanden ist, wenn der Zuschuss nicht kommt.

Vorsitzender

Die Darstellung des Organigramms in der nächsten Sitzung des Kreistags wird zugesagt.

Der Beschlussvorschlag wird um den Satz „Die befristete Stelle erfolgt unabhängig von der Förderung“ ergänzt.

Kreisrätin Dr. Jacobs-Krahen

Eine wichtige Aufgabe ist die Überzeugungsarbeit. Frau **Dr. Roth** könnte alle Ämter auffordern, zu überlegen, wo bereits klimaneutral gearbeitet wird.

Frau Dr. Roth

Das läuft bereits. Die hausinterne Mitarbeiterzeitung wird bespielt und Frau **Fleischhut** trägt die Themen ins Haus. Die Schaffung des neuen Amtes hat bereits für neues Bewusstsein gesorgt.

Die Aufgaben der Stelle sind noch nicht priorisiert. Die Reduzierung der Grade ist derzeit das Hauptziel.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (einstimmig):

- 1. Zur Erreichung des im Klimaschutzpakt des Landes festgesetzten Zieles, einer weitgehend klimaneutralen Verwaltung bis 2040, stellt der Landkreis Konstanz „eine Beauftragte bzw. einen Beauftragten für Klimaneutralität“, zunächst befristet auf 5 Jahre ein. Die Besetzung soll möglichst zur Mitte des Jahres 2022 erfolgen.**
- 2. Zur Finanzierung der Stelle beantragt der Landkreis Konstanz die Landesförderung in Höhe von 65 % der Personalkosten, ebenfalls für 5 Jahre, im Rahmen des Landesförderprogramms Klimaschutz-Plus. Die Besetzung der befristeten Stelle erfolgt unabhängig von der Förderung.**

3. Digitalisierung im Landratsamt Konstanz

3.1. Digitalisierung im Landratsamt Konstanz: Umsetzungsbericht der Jahre 2020 ff.

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Lieby** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Kreisrat **Schreier**

Wie ist der aktuelle Vorbereitungsstand im Bereich Cybersicherheit?

Kreisrat **Ellegast**

Gibt es auch eine betriebswirtschaftliche Betrachtung der Digitalisierung? Können durch die Digitalisierung von Prozessen auch Personalstellen eingespart werden?

Bleibt der Zugang zur Behörde weiterhin bürgerfreundlich und serviceorientiert?

Vorsitzender

Bei aller Notwendigkeit der Digitalisierung muss auch bedacht werden, dass man sich davon komplett abhängig macht. Das führt auch dazu, dass man sich in diesem Bereich um Arbeitskräfte kümmern muss.

In Bezug auf die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sieht es gefühlt nicht so aus, als ob in einer Behörde immer weniger Personen arbeiten würden, seit es Computer gibt. Es werden im Gegenteil immer mehr. Gleichwohl ist das aber auch eine Arbeitserleichterung.

Bisher können im Landratsamt auch alle Leistungen und Angebote noch „nicht digital“ abgewickelt werden. Ich möchte es beibehalten, dass dies auch weiterhin so möglich sein wird.

Herr **Lieby**

Das Landratsamt ist sehr eng mit Komm.ONE vernetzt. Es gibt regelmäßigen Austausch. Eine 100 %-ige Sicherheit gibt es in diesem Business jedoch nicht. Man ist permanent dran, die Mitarbeitenden dafür zu sensibilisieren.

Es ist nicht geplant, einen ausschließlich digitalen Zugang zur Verwaltung einzurichten. Aus meiner Sicht ist Verwaltung eine Dienstleistung, die sich an dem orientieren muss, der die Dienstleistung möchte.

In Bezug auf die Wirtschaftlichkeit wird das Hauptamt gemeinsam mit dem Amt für Innovation und Digitalisierung berechnen, wie hoch Synergien und die Ressourceneinsparungen sind. Das kann man nicht für alle Ämter pauschalisieren.

Eine Sekretariatskraft, deren Amt auf eine E-Akte umgestellt wird, wird aufgrund dieser Umstellung pro Tag ca. 30 Minuten Arbeitszeit einsparen.

Die genauen Auswirkungen werden mit dem Hauptamt berechnet und dem Kreistag zur Verfügung gestellt.

Kreisrat **Staab**

Vielen Dank für den umfangreichen Bericht. Für den Bürger und die Unternehmen muss es in Zukunft anders laufen. Unzufriedenheit besteht noch beim Thema „Aufs Amt“. Hier tut sich noch zu wenig.

Man muss hier zügiger und schneller vorankommen. Die digitale Terminvereinbarung hätte man schon eher einführen können. Eine Umsetzung bis 2025 ist zu spät zu.

Es gibt noch kein eingeführtes Fachverfahren, bei dem eine Dienstleistung komplett digital

abgewickelt werden kann.

Hier geht es nicht darum, Stellen einzusparen. Die Einsparung wird automatisch kommen, weil man für viele Aufgaben kein adäquates Personal mehr finden wird.

3.2. Masterplan Digitalisierung; Roadmap für die Jahre 2022 ff.

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Herr **Lieby** stellt den Sachverhalt anhand einer PowerPoint-Präsentation dar.

Kreisrat **Schrott**

Die Roadmap in Papierform war schwer zu lesen bzw. schwer nachzuvollziehen. Der Vortrag hat mehr Klarheit gebracht. Es wäre hilfreich, die Sitzungsvorlage in Zukunft etwas einfacher zu gestalten.

Die Digitalisierung wird in vielen Bereichen Vorteile bringen. In einigen Bereichen wird diese allerdings auch nachteilig sein, insbesondere dort, wo es um die Zusammenarbeit mit anderen Menschen geht.

Weshalb dauert es so lange, bis die Online-Terminvereinbarung oder auch E-Rechnung eingeführt werden? 2025 erscheint sehr lange als Zielmarke.

Ist eine gesonderte Qualifizierung der Führungskräfte geplant?

Es wird auch schwierig, neues Personal zu bekommen. Inwieweit kann man hier auf externe Dienstleister zurückgreifen, um die Umsetzung zu beschleunigen?

Kreisrat **Dr. Geiger**

Die Vorlage ist gut und zeigt, wie umfangreich die zu bewältigenden Aufgaben sind und in welchem Zeitraum die verschiedenen Vorhaben umgesetzt werden.

Gib es in 2023 weiteren Personalstellenbedarf für die IT?

Kreisrat **Schreier**

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Landkreis plant, in eine eigene Serviceplattform zu investieren und nicht den landesweit einheitlichen Zugang über die E-Government-Plattform "service-bw" nutzt. Insellösungen sind in diesem Bereich nicht sinnvoll und nicht der richtige Weg, auch wenn es zutrifft, dass "service-bw" noch Defizite hat.

Mit welchen Anbietern wird bei der Terminbuchung zusammengearbeitet?

Wäre eine Beschleunigung der Umsetzung über externe Dienstleister denkbar bzw. wurden hierzu bereits Angebote eingeholt?

Kreisrat **Staab**

Onlineformulare sind grundsätzlich nichts Neues und diese gibt es schon seit einiger Zeit. Die digitale Terminvereinbarung hätte man spätestens während der Pandemie eingelernt haben sollen. In diesen Bereichen sollte man schneller werden und die Umsetzung ggf. schon in 2022 abschließen. Es wird empfohlen, hausintern auch einheitliche Software zu nutzen.

Die Mitarbeitenden müssen auch ein Eigeninteresse an einer schnellen und einheitlichen Umsetzung haben.

Digitales Bezahlen ist eigentlich für jedes Fachverfahren notwendig und sollte in 2023 abgeschlossen werden.

Ein digitaler Workflow sollte in 2024 für die Verfahren, die bis dahin am Markt existent bzw.

vom Land und vom Rechenzentrum freigegeben sind, abgeschlossen sein.

Bei der Serviceplattform ist der Begriff noch sehr vage. Steckt dahinter bereits ein integriertes Verfahren, über das man nur noch digital mit der Verwaltung kommunizieren kann?

Für den nächsten Bericht im Herbst wäre wichtig, in der Roadmap darzustellen, welche digitalen Antragstellungen über "service-bw" bereits möglich sind, welche bereits in Angriff genommen wurden bzw. welche wann mit welcher Priorität in Angriff genommen werden sollen. Die Prioritäten müssen in eine Roadmap.

Wenn es hier schon etwas gibt, sollte man das auch nutzen. Der Verweis, dass das Land noch nicht so weit ist, ist zu kurz gegriffen.

Sollte es Unterstützungsbedarf geben, sollte dieser unbedingt geäußert werden. Die Digitalisierung wird neben dem Klimaschutz eines der wesentlichen Themen sein, von denen unser Wohlstand letztendlich abhängen wird. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten das auch.

Wichtig wäre zudem ein halbjährlicher Umsetzungsbericht. Dieser darf und soll kürzer sein, als der heutige Bericht.

Kreisrat **Ellegast**

Wie läuft Zusammenarbeit mit anderen Landratsämtern? Könnte der Landkreis Konstanz ggf. von der Expertise anderer Landratsämter profitieren? Weshalb braucht der Landkreis Konstanz länger als andere Landkreise?

Vorsitzender

Die E-Government-Plattform "service-bw" gibt es seit mindestens zwölf Jahren. Bisher wurden ca. 120 von 680 Verfahren umgesetzt. Man sollte hier nicht länger warten, bis alles funktioniert. Vielmehr sollte man selbst aktiv werden und die dort bereits funktionierenden Punkte integrieren.

Es trifft zu, dass man in diesem Bereich schon etwas weiter sein könnte. Allerdings befindet sich das Landratsamt bereits in vielen Bereichen mitten in der Umsetzung. Die Online-Terminbuchungen wird beispielsweise nicht erst ab 2025 funktionieren, sondern 2025 flächendeckend im gesamten Landratsamt eingeführt sein.

Die KFZ-Zulassung kann in anderen Landkreisen teilweise schon online erfolgen; hierzu muss man jedoch den Ausweis-Pin online freischalten, was kaum jemand macht.

Gleichwohl muss man das Rad nicht neu erfinden und auch keine Insellösungen einführen. Es gilt, sinnvolle Systeme zu nutzen.

Herr **Lieby**

Es geht mir in vielen Bereichen ebenfalls zu langsam und es rühren zu viele "Köche" in diesem "Topf".

Die E-Rechnung ist im Landratsamt systemseitig komplett vorhanden. Ein großes Problem dabei ist, dass man mit jedem einzelnen Lieferanten verhandeln muss, was zeitaufwändig ist.

Es wäre kein Problem, ein System für die Online-Terminvereinbarung am Markt zu finden. Die Schwierigkeit ist, das Programm dann in über 20 Ämtern auszurollen. Das System muss in den Ämtern unter Anleitung so geführt werden, dass es kein Chaos gibt. Jedes Amt muss prüfen, für welche Dienstleistungen es eine Terminvereinbarung einrichten möchte und in welchen Bereichen eine Online-Beratung gar nicht angeboten werden darf.

Auf externe Dienstleister wird bereits jetzt in der IT zurückgegriffen, insbesondere auch bei den Schulen.

Die Plattform "service-bw" ist kein Kundenmanagementsystem. Anträge können zwar gestellt

werden, aber es bestehen darüber hinaus kaum Kommunikationsmöglichkeiten. Die Funktionalität ist sehr eingeschränkt.

Daher wurde während der Pandemie die Initiative Digitale Landkreiskonvois (INDILAKO) "digital aufs Amt" gestartet. Der Landkreis Konstanz möchte hier eine von komm.ONE unabhängige Plattform testen und beispielhaft am Berufsschulzentrum Radolfzell ausprobieren.

Bei der Zulassungsstelle wird ergänzend zum Online-Terminvereinbarungssystem auch ein Warteschlangensystem eingeführt. Die Ausschreibung erfolgt demnächst.

Die Fortbildung für Führungskräfte beinhaltet Themen wie beispielsweise "Wie führt man auf Distanz?", "Wie lernt man in der aktuellen Zeit neue Mitarbeitende ein?". Es handelt sich um zwölf Fortbildungen rund um das Thema Führung.

Der digitale Workflow wird erst dann sinnvoll sein, sobald die E-Akte eingeführt wurde.

Auf "service-bw" werden ca. 120 Dienstleistungen digital angeboten. Für die Kreisverwaltung gibt es ein nennenswertes Potenzial in den Bereichen der Eingliederungshilfe und den BAföG-Leistungen. An der KFZ-Zulassung ist man bereits dran.

In den jeweiligen Ämtern ist sodann auch die entsprechende Kapazität erforderlich, um diese Anträge digital einzuführen.

Kurze Berichte werden gerne zugesagt. Der heutige erste Aufschlag war ausführlicher, um die Arbeitsweise verständlich darzustellen.

Kreisrat **Schreier**

Die grundsätzliche Kritik an der langsamen Weiterentwicklung von "service-bw" wird zwar geteilt, die grundsätzliche Einschätzung dazu ist allerdings nicht richtig. Dieses Portal ist das am weitesten entwickelte Portal in allen Bundesländern. Man muss die Plattform allerdings auch richtig nutzen und pflegen. Mit einer pauschalen Kritik sollte man vorsichtig sein.

Kreisrat **Staab**

Um Missverständnissen vorzubeugen, wird nochmals erwähnt, dass es hier nicht um Kritik am Landratsamt geht. Vielmehr möchte die Fraktion der Freien Wähler aufzeigen, welche Unterstützung hier von der Fraktion in einem der wesentlichen Themen für die Zukunft erwartet werden kann. Die Freien Wähler wollen hartnäckig einen Plan, eine Umsetzung und einen Echtbetrieb in vielen dieser Themen sehen. Der Kreistag sieht das Landratsamt als einheitliche Verwaltungsbehörde und nicht als 20 voneinander unabhängige Ämter. In diesem Sinne erwartet der Kreistag von allen Ämtern, einheitlich aufzutreten und beispielsweise über Zielvereinbarungen festzuschreiben, welche Maßnahmen wann umgesetzt werden.

Die Ämter müssen im eigenen Interesse Digitalisierung und Effizienzfortschritte wahrnehmen. Denn entweder wird es mehr Arbeit oder weniger Personal geben. Diese wichtigen Rahmenbedingungen muss man beachten.

Die kritischen Fragen dürfen daher als Unterstützung für den nächsten Bericht bzw. auch die nächste Roadmap genommen werden. Die Angebote von "service-bw" müssen umgesetzt werden und die Umsetzung muss in einem Zeitplan dargestellt werden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (einstimmig):

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung auf Grundlage der vorgelegten Roadmap die Digitalisierungsprojekte in der dort vorgeschlagenen Reihenfolge umzusetzen und regelmäßig über den Fortgang zu berichten. Jeweils zu den Haushaltsplanberatungen erfolgt eine Fortschrei-

bung der Roadmap auf Grundlage des jeweiligen Umsetzungsstands.

4. Unterbringung von Asylsuchenden und Geflüchteten; Gemeinschaftsunterkunft Reichenau

Der **Vorsitzende** stellt den Sachverhalt dar. Frau **Seidl** und Frau **Kruthoff** ergänzen den Sachverhalt und weisen auf den geänderten Beschlussvorschlag hin.

Kreisrätin **Dr. Jacobs-Krahen**

Das Vorgehen des Landkreises ist vorbildlich. Das Notwendige wird ganz unaufgeregt und mit einer Selbstverständlichkeit getan. Vielen Dank für diese Vorgehensweise. Der Landkreis steht bereit, wenn es darum geht, Geflüchtete aufzunehmen und menschenwürdig unterzubringen.

Es ist schwierig, jetzt wieder Container zu beschaffen. Die Nachfrage auf dem Markt wird sehr hoch sein. In Anbetracht des Ukraine-Konflikts sollten alle Kapazitäten der Unterbringungsmöglichkeiten im Landkreis ausgeschöpft werden. Ggf. gibt es im Landkreis noch leerstehende Gewerbeimmobilien, die man sehr gut und sehr schnell ertüchtigen kann.

Die Möglichkeit, dass sich Privatleute mit Wohnraum auf der Homepage des Landratsamts melden können, wird sehr begrüßt. Die Unterbringung bei Privatleuten fördert die Integration sehr gut.

Kreisrat **Hans-Peter Lehmann**

Der finale Beschluss wird in der nächsten Sitzung des Kreistags gefasst. Gibt es bis dahin eine definitive Aussage des Regierungspräsidiums zur Anerkennung der Kosten?

Vorsitzender

Die Anfrage läuft bereits. Es wird gehofft, dass die Rückmeldung bis zu Sitzung da sein wird.

Kreisrat **Staab**

Wurde eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Projekt erstellt? Die Investitionskosten erscheinen sehr hoch.

Der **Vorsitzende** sichert zu, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung in der nächsten Sitzung des Kreistags nachzureichen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Ausschuss folgenden

Empfehlungsbeschluss an den Kreistag (einstimmig):

- 1. Der Kreistag begrüßt das Angebot der Gemeinde Reichenau und befürwortet grundsätzlich die Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft für 100 Personen in Modulbauweise auf Gemarkung der Gemeinde Reichenau.**
- 2. Der Anmietung des Grundstücks zu diesem Zweck wird zugestimmt.**
- 3. Der überplanmäßigen Auszahlung für die Errichtung der Gemeinschaftsunterkunft in Höhe von 3,5 Mio. EUR im Teilhaushalt 1 wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt über die zusätzliche Liquidität, die im Teilhaushalt 3 im Rahmen der Abrechnung des Kreisimpfzentrums mit dem Land in 2022 eingehen wird.**

5. Mitteilungen

5.1. Abrechnung Kreisimpfzentrum

Herr **Bittermann** stellt den Sachverhalt dar und weist darauf hin, dass noch keine Abschlagszahlung vom Land geleistet wurde.

Kreisrat **Schrott**

Das Land hat noch nicht gezahlt. Wurde hier gegen eine Vereinbarung verstoßen? Sind die Beträge hoch? Wird das lange dauern? Landkreistag könnte noch Druck machen.

Kreisrat **Staab**

Was sind die strittigen Punkte? Von welcher Größenordnung spricht man?

Vorsitzender

Man ist weit davon entfernt, dass das Land sich nicht an Vereinbarungen hält. Es gibt lediglich unterschiedliche Ansichten zu einzelnen Positionen.

Herr **Bittermann**

Bei den klärungsbedürftigen Beträgen geht es um ca. 100.000 EUR. Es geht um Kleinigkeiten, die sich jedoch summiert haben. Die Klärung dauert bei allen anderen Landkreisen ebenfalls lange, da diese sehr umfangreich ist und viele Einzelpositionen aufweist.

5.2. Kreishaushalt 2021; Budgetbericht zum 31. Dezember 2021

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Kruthoff** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrätin **Dr. Jacobs-Krahen**

Im Teilhaushalt 4 liegen die Erträge im Bereich Straßenverkehr und Schifffahrt um rund 0,5 Mio. EUR unter dem Planansatz. Im welchem Bereich wurden hier weniger Einnahmen erzielt?

Frau **Kruthoff** sichert zu, die Antwort auf diese detaillierte Frage schriftlich nachzureichen.

5.3. Sachstand Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein. Frau **Brumm** stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat **Staab**

Vielen Dank für den Bericht. Es wird gebeten, einen ähnlichen, gerne auch kürzeren Bericht künftig in jeder Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses einzubringen. Man erspart sich dadurch viele Einzelanfragen.

Der **Vorsitzende** sichert zu, den Ausschuss regelmäßig auf Stand zu halten.

6. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

6.1. Gemeinschaftsunterkunft Campus Konstanz, Errichtung einer Leichtbauhalle; Sachstandsbericht

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass auf dem Grundstück der Gemeinschaftsunterkunft Campus Konstanz mittlerweile eine Leichtbauhalle errichtet wurde. Der Aufbau der Halle ist abgeschlossen, die restlichen Ausführungsarbeiten befinden sich in den letzten Zügen. Sanitärcontainer werden aufgestellt. Eine Belegung wird voraussichtlich ab KW 11 möglich sein.

**6.2. Vorstellung des Gutachtens zum GLKN;
Hinweis auf Vertraulichkeitserklärung**

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass den Mitgliedern des Kreistags am 11. März 2022 das Gutachten zum Gesundheitsverbund Landkreis Konstanz (GLKN) vorgestellt wird.

Die Vertraulichkeitserklärung, die der Einladung beilag, ist kein Ausdruck des Misstrauens gegenüber dem Gremium. Vielmehr geht es darum, allen Teilnehmenden den gleichen Sachstand zu vermitteln und auch die Mitarbeitenden des GLKN über den Sachstand zu informieren, bevor man in erste inhaltliche Diskussionen einsteigt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 16:15 Uhr.

Der Vorsitzende:

Zeno Danner

Für den Ausschuss:

Andreas Ellegast

Dr. Dorothee Jacobs-Krahenen

Für das Protokoll:

Vera Hoffmann